

Gestalten, nicht verwalten!



Der Kampf für eine lebenswerte Moorregion geht weiter. **Kerstin Klabunde** (links) und **Martina Leitner** haben ihre Ziele fest im Blick: „In der Verwaltung sollte man nicht zu sehr ‚verwalten‘, sondern mehr gestalten wollen, das Ruder in die Hand nehmen und über bekannte Verfahren hinaus kreativ arbeiten, das Know-how ist da.“
Fotos: Schmidt

Auf Augenhöhe mit allen Akteuren reden: Dieses Ziel haben **Kerstin Klabunde** und **Martina Leitner** längst erreicht. Die beiden Aktivistinnen von der „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer“ werden von Politik und Verwaltung, aber auch von den Lobbyisten in Landwirtschaft und Torfindustrie gehört. Doch es gibt noch viel zu tun für die BI und zwei Frauen, die genaue Vorstellungen über die „Zukunft der Moore“ haben. Eine Bestandsaufnahme. VON THOMAS SCHMIDT

Aus Hannover gibt es ermutigende Signale in Sachen Landesraumordnungsprogramm (LROP) mit Blick auf Ihre Arbeit und Ihre Forderungen. Die Landesregierung hat grünes Licht für den Entwurf des neuen LROP gegeben: Torfabbau soll „auslaufen“, Vorranggebiete „gestrichen werden“. Was kann aus Ihrer Sicht jetzt eigentlich noch schief gehen?
Kerstin Klabunde: Da gibt es zwei Ebenen: Das Land Niedersachsen schlägt jetzt auch die rechtlichen Pflichten für das Ende des Torfabbau und für den Moorschutz ein. Die Bevölkerung befürchtet allerdings, dass mit dem Ziel Moorschutz ein „Stop“ für alle Bewirtschaftungsarten in unserer Moorregion verbunden wird. Das Land darf hier nicht die Bedürfnisse der Menschen vor Ort „überplanen“. Darum drängen wir auch auf eine enge Kooperation mit dem Land im Status einer Modellregion für das Gnarrenburger Moor.

Martina Leitner: Außerdem darf man nicht vergessen, dass im Kreis noch Anträge auf Torfabbau für 280 Hektar Fläche gestellt worden sind, davon 235 Hektar vom Torfwerk Sandbostel. Das sind insgesamt noch mal 400 Fußballfelder! Schon der aktuell bestehende Torfabbau verändert unsere Landschaft dauerhaft. Neue Genehmigungen würden uns die Möglichkeit einer Zukunftsgestaltung für alle in der Region nehmen. Deshalb muss der Landkreis als Genehmigungsbehörde mit diesen Anträgen sensibel umgehen und auch die Zielsetzungen des Landes und des Zukunftskonzeptes aus der „Gnarrenburger Erklärung“ einbeziehen.

Seit Gründung der Bürgerinitiative ist viel Zeit ins Land gegangen. Wo sehen Sie heute die BI, wo werden in den nächsten Monaten die Schwerpunkte Ihrer Arbeit liegen?

Martina Leitner: Wir haben uns von einer kleinen Bürgerinitiative zu einem anerkannten Partner auf Augenhöhe für die handelnden Akteure entwickelt. Das gilt für die Zusammenarbeit mit Gemeinde, Kreis, politischen Vertretern aber auch Tourismus, Landvolk und Naturschutz. In den nächsten Monaten werden wir an der Formulierung des Zukunftskonzeptes mitarbeiten, Punkte kritisch hinterfragen, Ideen eingeben und uns beim Land und den Interessenvertretern vor Ort für

die Umsetzung einer Modellregion einsetzen.

Können Sie kurz skizzieren, was erreicht wurde und was nicht?

Martina Leitner: Endlich wird die Frage: „Wie soll die Zukunft der ländlichen Region im Nordkreis aussehen?“ öffentlich bearbeitet! Wenn der ländliche Raum als Lebens-, Natur-, Wohn- und Wirtschaftsraum eine Zukunft haben soll, muss man da konzeptionell ran gehen und darf nicht einfach alles auf sich zukommen lassen. Es müssen Ziele gesetzt werden, an denen sich weitere Vorhaben messen lassen. Bislang war es zum Beispiel dem Zufall geschuldet, wo Torf abgebaut wurde, nämlich einfach da, wo die Torfabbauer Flächen kaufen konnten. Die verantwortlichen Akteure und Volksvertreter unseres Kreises sind aber dafür verantwortlich, die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse zu schützen. Unser Ziel sind zukunftsfähige, lebendige Dörfer, in denen auch junge Menschen gerne leben.

Wir haben erreicht, dass ein professionelles Zukunftskonzept für die Moorregion um Gnarrenburg erstellt wird. Das war eine zentrale Forderung schon auf unserer Unterschriftenliste. Hierfür und für den Stopp des Torfabbaus geben uns mehr als 3 000 Menschen ihre Unterstützung.

Kerstin Klabunde: Dadurch, dass wir sehr früh den Kontakt zu allen politischen Fraktionen, zum Landvolk, zum Naturschutz, zu den Jägern, zu den Touristikern und zur Verwaltung gesucht haben, mit allen diskutiert und für

eine Zusammenarbeit geworben haben, konnte der eingerichtete „Runde Tisch“ zum Zukunftskonzept schnell seine Arbeit aufnehmen und eine gewisse Grundeinigkeit war da. Die Gemeinde Gnarrenburg hat uns übrigens in allem herausragend unterstützt.

Und nicht zuletzt ist es maßgeblich unserer Hartnäckigkeit und unserer Arbeit zu verdanken, dass das „Gnarrenburger Moor“ in Hannover bekannt und im Gespräch ist. Und was haben wir nicht erreicht? Leider ließ sich das Land nicht von einem Moratorium überzeugen, das hätte gleich für Klarheit auf allen Seiten gesorgt und mehr Zeit für Planung gegeben.

Es ist interessant zu beobachten, dass einige Naturschützer mit einer gewissen Sympathie die jüngsten Abbaupläne der Torfindustrie begleiten, da es sich in ihren Augen bei den betreffenden Plangebieten um von der Landwirtschaft ohnehin vorgeschädigte Flächen handelt. Was halten Sie von dieser Allianz zwischen Torfindustrie und Naturschutz?

Martina Leitner: Nun, die einen sehen ihre (betriebs-)wirtschaftlichen Interessen, die anderen die Natur, die man in 20 Jahren nach dem Abbau wieder „herstellen“ will. Insofern eine gegenseitig zuträgliche Beziehung. Liefße man beide gewähren, wäre das menschliche Leben im Gnarrenburger Raum bald ein anderes. Denn beide Parteien vergessen, dass wir hier nicht nur über „Flächen“ und „Naturraum“ entscheiden, sondern über Ortschaften und die Heimat von Menschen.

Ausgeblendet wird von Naturschützern wie von der Torfindustrie, dass hier Menschen leben, die in ihren Dörfern nicht erst über Jahrzehnte in einem „Abbaugbiet“ leben wollen und anschließend auf Inseln inmitten wiedervernässter Flächen. Ausgeblendet werden auch die Begleiterscheinungen des Torfabbaus wie die unwiederbringliche Zerstörung des Landschaftsbildes, die Zerstörung von noch vorhandenem natürlichem Lebensraum für Flora und Fauna, die sukzessive Zerstörung der Existenzgrund-

lage der Landwirte und die Hochwassergefahren.

Der Leiter des Naturschutzamtes des Landkreises hat gegenüber unserer Zeitung kürzlich signalisiert, dass er in Zukunft keine Perspektive mehr für intensive Landwirtschaft auf Moorböden sieht. Wie bewerten Sie diese Äußerung, zumal das Land jetzt erstmals auch noch umfangreiche Naturschutzziele wie die Biotopvernetzung ins im LROP aufgenommen hat?

Klabunde: Hierzu muss man wissen: Die Landwirte arbeiten so, wie es die Markt- und Subventionsbedingungen fordern. Jeder andere gewerbliche Betrieb handelt auch so, wie es für sein Wohl am ertragreichsten ist. Der Markt verlangt: „Immer größer, immer schneller und intensiver“. Wobei Moorflächen auch heute schon deutlich weniger intensiv bewirtschaftet werden als Sandböden. Der Boden lässt das einfach nicht zu. Die auf Moor erschwerten Bedingungen müssen durch Förderprogramme, denen ein Landwirt sich freiwillig anschließen kann, ausgeglichen werden. Dann hat das Land Niedersachsen Chancen, die alternativen Bewirtschaftungsformen, die es im Moor haben will, zu erzielen. Und gleichzeitig bekommen die Familienbetriebe eine Zukunftsperspektive, ebenso wie diejenigen, der Landwirtschaft im Nebenerwerb betreiben. Und in den Dörfern kann das Leben weiter gehen.

In Ihrer Initiative wirken Menschen, die sich dem Naturschutz verschrieben haben, aber auch Landwirte, die intensive Landwirtschaft auf Moorflächen betreiben. Wie gehen Sie in der BI mit diesem Konfliktpotential um?

Leitner: Von Anfang an hat es für uns kein Konfliktpotential gegeben, denn wir haben untereinander auf Offenheit und auf Zusammenarbeit gesetzt. Uns eint das Ziel, für unsere Heimat etwas tun zu wollen und die Vielfalt zu bewahren.

Dem Landkreis liegen nach wie vor Abbauanträge für Flächen 280 Hektar vor. Das Unternehmen, das zurzeit den größten Abbauantrag (235 Hektar) für das Gnarrenburger Moor betreibt, sieht in dem so genannten Unterfeld/Oberfeldverfahren einen Weg, um schon während des Abbauens den Renaturierungsprozess einzuleiten. Ist das nicht auch eine Chance für den Moorschutz, wenn man bedenkt, dass das Unternehmen auf von der Landwirtschaft vorgeschädigten

Flächen agieren will?

Martina Leitner: Wir erwarten und fordern, dass keine neuen Genehmigungen für den „klassischen“ Torfabbau mehr erteilt werden. Torfabbau wird entsprechend den Landesplanungen und im Rahmen des Zukunftskonzeptes nur noch sehr eingeschränkt auf wenigen Flächen zur Vorbereitung einer Hochmoorregeneration als „Mittel zum Zweck“, nämlich zur Flächennivellierung, eingesetzt werden. Ob das dann im Unterfeld/Oberfeldverfahren geschieht, müssen die Experten entscheiden.

Das Landvolk hat wiederholt deutlich gemacht, dass extensive Bewirtschaftungsformen bei der gegenwärtigen Förderkulisse keine Existenzgrundlage für die betroffenen Landwirte und deren Familien bieten können. Ist es realistisch zu hoffen, dass es im Rahmen einer auch von Ihnen angestrebten Modellregion „Gnarrenburger Moor“ für die zu erwartendem Einkommenseinbußen hinreichend Mittel aus Förderprogrammen gibt, wenn Landwirte „auf extensiv“ umstellen?

Klabunde: Wenn wir das nicht hoffen dürften, könnten wir die Arbeit quasi einstellen. Denn ohne die Fortführung der Landwirtschaft zu Bedingungen, zu denen

Familien davon leben können, macht das beste Konzept einer Modellregion keinen Sinn. Vom Land Niedersachsen haben wir am Runden Tisch aus erster Hand entsprechende positive Signale bekommen. Das Land sucht in Kürze eine (oder mehrere) Modellregion(en) und einen Modellbetrieb eines Landwirtes im Moor, um einerseits neue „klimaschonende“

landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen auszuprobieren und dabei andererseits die finanzielle Rahmenbedingungen im Echtbetrieb bewerten zu können. So kann vor Ort mit an der Förderkulisse gearbeitet werden. Da müssen wir dabei sein, denn dann ist die Möglichkeit der Einflussnahme am größten.

Leitner: Alles, was wir im Modellstatus erarbeiten, wird Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Förderkulissen haben. Hier kann sich eine Strahlkraft zur Stärkung des gesamten ländlichen Raumes im Nordkreis entwickeln. Deshalb erwarten wir auch vom Landkreis eine aktive Herangehensweise.

Vom Selbstverständnis her ist Ihre BI auch ein Impulsgeber für das Leben im ländlichen Raum. Glauben Sie, dass Ihre Initiative in Zu-

BZ-SERIE

Perspektiven für das Gnarrenburger Moor

Wie geht es weiter mit dem Gnarrenburger Moor? Diese Frage bewegt im Spannungsfeld der Interessen von Landwirtschaft, Naturschutz, Torfindustrie, Gemeinde und Landkreis eine ganze Region. Mit ihrer Serie unter dem Motto „Zukunft der Moore“ möchte die BREMERVÖRDER ZEITUNG über wichtige Aspekte des Themas informieren und Perspektiven für ein empfindliches Stück Kulturlandschaft aufzeigen.

▷ Für die achte Folge der Serie sprachen wir mit der Spitze der „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer“, Martina Leitner aus Karlsruhöfenermoor und Kerstin Klabunde aus Augustendorf.

kunft die Kraft haben wird, auch über den Moorschutz im engeren Sinne hinaus etwas zu bewegen?

Leitner: Wir arbeiten ja schon längst über den engeren Sinn des Moorschutzes hinaus. Da ist unser Name Programm: „Bürgerinitiative zum Erhalt unserer Moore und für die Zukunft unserer Dörfer“. Unsere Arbeit wird nicht nur vom Kampf für das Ende des Torfabbaus bestimmt, sondern auch von der Zukunftsgestaltung unserer Moorregion. Außerdem sind wir denjenigen verpflichtet, die uns schon lange Zeit unterstützen und die auf uns hoffen!

Die BI hat nach einem Bürgerfrühstücken mit überwältigender Resonanz eine Art „to-do“-Liste an die Politik übergeben. Haben Sie das Gefühl, dass die Liste in der Verwaltung und in den Fraktionen auf fruchtbaren Boden gefallen ist?

Klabunde: Es ist erkennbar, dass sich vor allem auch die Politik Gedanken macht. So gab es auf Gemeinde- und Kreisebene wichtige Beschlüsse, zum Beispiel die Initiierung des Zukunftskonzeptes mit ausreichenden finanziellen Mitteln von der SPD in Gnarrenburg und der SPD-Mehrheitsgruppe im Kreistag. Und zuletzt den Antrag der CDU im Kreis, sich als Region um den Modellstatus zu bewerben. Wir empfinden es aber als bedauerlich, dass viele Entscheidungen noch nicht untereinander abgestimmt passieren. Oft scheint es noch wichtiger zu sein, wer den Antrag stellt und „wer der politische Gegner ist“, als dass es untereinander um Inhalte geht. Und in der Verwaltung sollte man nicht zu sehr „verwalten“, sondern mehr gestalten wollen, das Ruder in die Hand nehmen und über bekannte Verfahren hinaus kreativ arbeiten, das Know-how ist da.



Nachdenken über die Politik, das Moor und die Zukunft der Dörfer: „Oft scheint es noch wichtiger zu sein, wer einen Antrag stellt und ‚wer der politische Gegner ist‘, als dass es um Inhalte geht.“ **Martina Leitner** (links) und **Kerstin Klabunde** von der BI, deren Vorstand sich alle sechs Wochen trifft.